Dr. Karl Römer

Die Freiheit der Presse im nationalsozialistischen Staat

Veröffentlichung zu Forschungszwecken!

Die vorliegende Veröffentlichung dient als Quellschrift zur staatsbürgerlichen Aufklärung über Vorgänge aus der Geschichte und Kultur. Sie erscheint für wissenschaftliche Zwecke, insbesondere zur Ergänzung von Bibliotheken und Sammlungen. Veröffentlichungen von Schriften vor 1945 enthalten Formulierungen und Wertungen, die in unserem heutigen Sprachgebrauch und Wertesystem meist nicht mehr vorkommen. Der vorliegende geschichtliche Text kann aus diesem Grund nur in Bezug auf seinen historischen Kontext verstanden werden.

Der Herausgeber dieser Schrift distanziert sich ausdrücklich von allen historischen Aussagen, die unter Zugrundelegung aktueller Maßstäbe unter Umständen die Würde des Menschen oder die Sphäre der in Deutschland lebenden jüdischen oder anderer Minderheiten beziehungsweise Religionsgemeinschaften beeinträchtigen könnten.

Die Freiheit der Presse im nationalsozialistischen Staat
Ein Wort an das Ausland

Von Dr. Karl Römer, Leiter des Archivs des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik

Nachstehend ein Vortrag, den Dr. Karl Römer auf Einladung des German Club der Universität Oxfort und der Anglo German Association der Universität Cambridge gehalten hat. Der Vortrag ist im Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg als Broschüre in Deutsch und Englisch erschienen, um einem größeren Kreis das leider immer noch unverstandene Problem in wissenschaftlich nüchterner Betrachtung vor Augen zu führen. Es soll mit den Ausführungen nicht etwa der Versuch gemacht werden, dem Ausland unsere Anschauung über die Dinge aufzuzwingen. Der Sinn der Arbeit ist lediglich, zu zeigen, wie Deutschland die seinen Lebens- und Daseinsbedingungen entsprechende neue Form der Presse gefunden hat.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Ich weiß, dass wegen der Themastellung des heutigen Abends mancher unter Ihnen mit dem Gefühl gekommen ist, einen deutschen Propagandaredner zu hören. Darum möchte ich meinen Ausführungen eine grundsätzliche Feststellung voranschicken: Wenn ich die Gastlichkeit eines Landes, mit dem wir Deutschen nur Frieden und Freundschaft wünschen, dankbar in Anspruch nehme, so bin ich mir dessen bewusst, dass ich diese Gastlichkeit nicht missbrauchen darf etwa durch den naiven Versuch einer einseitigen Darstellung von Problemen, die uns alle gleichmäßig interessieren , und von deren rechter Lösung nicht nur das Schicksal meines Vaterlandes, sondern irgendwie auch das anderer Völker und Staaten abhängt. Aus diesem Grunde möchte ich heute zu ihnen reden als Mensch, der seit vielen Jahren sich mit den Fragen der internationalen Zeitungsforschung beruflich beschäftigt hat und auf Grund der wissenschaftlich-nüchternen Betrachtungsweise zu Erkenntnissen gekommen ist, die auf die Frage des heutigen Abends anzuwenden die Aufgabe sein soll. Mit Recht lautet das Sprichwort, das in allen Länder Gültigkeit hat: Jedes Volk hat die Presse, die es verdient. Wenn diese Tatsache anerkannt wird, so kann man mit der gleichen Berechtigung den Satz aufstellen: Jedes Volk wird aus den Notwendigkeiten seiner besonderen Eigenarten, seines soziologischen Aufbaus und seiner staatspolitischen Struktur heraus jenes Pressesystem entwickelt, das diesen Voraussetzungen am meisten und besten entspricht. Und so verlangt der gesunde Menschenverstand, den ich bei jedem sachlich-denkenden und vor allem verstehen wollenden Menschen voraussetze, dass man die Presseverhältnisse eines anderen Landes nicht unter dem Maßstabe betrachtet, den man für sein eigenes Land für den richtigen und einzig möglichen hält.

Wenn ich also über die „Pressefreiheit“ im nationalsozialistischen Staat zu Ihnen spreche, so brauche ich nicht und will ich auch bewusst nicht als Verteidigungsredner unseres deutschen Zeitungswesens von heute auftreten, sonder ganz leidenschaftslos und unter Heranziehung von Beispielen anderer Zeitungsländer Ihnen die deutschen Presseverhältnisse vor Augen führen. Aus der offenen rückhaltlosen Kritik, vor der ich mich nicht scheuen werde sollen Sie, meine Damen und Herren, ersehen, dass ich es ernst mit der Wahrheit nehme. Sie sollen aber auch erkennen, und das ist der tiefere Sinn meiner Ausführungen, und deshalb stehe ich hier, dass man eines anderen Volkes Zeitungen nur dann gerecht zu beurteilen vermag, wenn man um die besonderen Gesetze seines Werdens und Seins, seiner Daseinsbedingungen schlecht hin, weiß. Ebensosehr wie ich die oft irreführenden Kommentare unserer Presse in Bezug auf die Beurteilung des englischen Zeitungswesens ablehne,

weil sie nicht von dem Verständnis Englands und des englischen Volkes ausgehen, muss ich als deutscher unsere englischen Kritiker, wenn sie ein Urteil über das deutsche Zeitungswesen fällen, darum bitten, zunächst einmal Deutschland zu sehen, wie es wirklich ist, und nicht wie es nach den Wunschvorstellungen eines Engländers sein müsste. Wenn wir diesen Standpunkt verlassen würden, dann wäre es zwecklos, sich überhaupt über die Frage des heutigen Abends zu unterhalten.

Die erste Voraussetzung zum richtigen Verständnis des Begriffs „Pressefreiheit“ ist, dass wir uns darüber klar werden, was man denn eigentlich unter „Pressefreiheit“ zu verstehen hat. Denn zweifellos ist der Begriff „Pressefreiheit“, ähnlich wie der Begriff „öffentliche Meinung“, in erster Linie ein politisches Schlagwort, das man je nach der gegebenen Situation beliebig anzuwenden vermag, und dem man in den verschiedenen Ländern und unter den verschiedenen Staatsformen auch einen anderen Sinn zu geben gewohnt ist. Wenn z.B. der italienische Regierungschef Benito Mussolini immer wieder betont, die italienische Presse sei die freieste der Welt, so weiß das italienische Volk sehr genau, was sein Duce damit sagen wollte. Die andere Welt, so auch das Deutschland vor dem Januar 1933, hat diese These zunächst nicht verstehen wollen. Wenn heute der nationalsozialistische Staat ebenso wie die vorangegangenen Systeme, die in Deutschland geherrscht haben, sei es das der Monarchie oder das von Weimar, von sich behauptet, die Presse sei frei, so sehen Sie, wie stark man unter dem Eindrucke einer geltenden Weltanschauung und Staatsauffassung den Begriff „Pressefreiheit“ abwandeln kann. Wir Nationalsozialisten setzen aus dem sicheren Instinkt heraus, dass eben das Wort „Pressefreiheit“ einen nicht gerade schönen Beigeschmack hat, wenn wir es gebrauchen, gewöhnlich in Gänsefüßchen, und ich hätte es nicht nötig gehabt, mein Thema so zu formulieren,, wenn nicht gerade vom Auslande her immer wieder von der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, von der Vergewaltigung der sogenannten „Pressefreiheit“ in Deutschland gesprochen würde.

Doch fahren wir zunächst einmal mit der Auseinandersetzung des Begriffes „Pressefreiheit“ fort. Er kann nämlich nicht allein staatspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch, d.h. aus der besonderen wirtschaftlichen Struktur der Presse eines Landes gedeutet werden. Es gibt z.B. Länder, wie ich es Ihnen später an verschiedenen praktischen Beispielen belegen werde, die mit Stolz auf die staatsrechtliche Fundierung des Rechts auf Pressefreiheit hinweisen, deren Presseleute aber unter dem Drucke der verlagspolitischen Führung ihrer Zeitungen dieses gesetzlich verbrieften Rechts verlustig gehen. Ein markantes Beispiel möchte ich schon jetzt vorwegnehmen. Ich hatte vor einigen Wochen den Besuch eines französischen Journalisten, der mit Recht Weltruf genießt, von Jules Sauerwein, dem langjährigen außenpolitischen Mitarbeiter vom „Martin“. Auch mit ihm unterhielt ich mich offen und klar über die Frage der „Pressefreiheit“ und hielt ihm vor Augen, dass er der lebendigste Zeuge für mein Argument sei, dass „Pressefreiheit“ ein labiler Begriff ist. Sauerwein war über 20 Jahre mit dem „Martin“ auf Leben und Tod verbunden. Die außenpolitische Note des Blattes wurde von ihm bestimmt. Plötzlich wechselte die Zeitung ihren Besitzer, indem sie in die Hände des Comite des Forges, der französichen Rüstungsindustrie, überging. Die Folge davon war, dass die politische Grundrichtung des „Martin“ sich über Nacht änderte. Sauerwein stand vor der Alternative, entweder die Freiheit der Meinungsäußerung aufzugeben und mit dem neuen Besitzer für die neue Richtung der Zeitung einzutreten oder seine Journalistenehre zu bewahren und den Dienst zu quittieren. Er wählte natürlich den letzteren Weg und fand, als Mann von Ruf, sofort eine neue Zeitung, die ihn mit Freude aufnahm: den „Paris Soir“. Ich frage Sie aber, meine Damen und Herren, hätte ein Durchschnittsjournalist , der nicht den Weltruf eines Sauerwein genießt, es gleich ihm tun können, ohne dann vor dem Nichts zu stehen? Sie sehen also, wo wir mit dem Begriff „Pressefreiheit“ bleiben, wenn wir ihn in der lebendig und einzig wahren Praxis prüfen. Sie werden mir entgegenhalten, dass Sie unter Pressefreiheit eben das allgemeine staatspolitische Prinzip verstehen, nach dem die Zeitungen eines Landes alles verbreiten dürfen, was ihnen die individuelle Meinung eingibt, und dass es ausnahmen von diesem Prinzip nicht gibt. Auch in dieser Beziehung glaube ich, bei Ihnen Verständnis zu finden,

wenn ich Ihnen durch die Schilderung der deutschen Presseverhältnisse von ehedem auseinander setzen werde, dass irgendwo aus staatserhaltenden Erwägungen heraus der Individualismus sein Ende finden muss, nämlich dann, wenn er sich zur Staatsgefahr entwickelt. Zunächst aber möchte ich Sie fragen, ob denn nur eine Idee geschützt werden soll, oder ob nicht auch der einzelne Mensch, aus dessen Gesamtheit erst der Staat entsteht, einen Anspruch darauf hat, unter rechtlichem und sozialem Schutz seine Journalistentätigkeit auszuüben? Ich frage also immer wieder, wo beginnt die „Pressefreiheit“ und wo hört sie auf? Ist es nicht ein leerer Begriff, wenn wir ihm nicht einen bestimmten Inhalt geben können, der allen Möglichkeiten der Interpretation standhält?

Betrachten wir die deutschen Presseverhältnisse im Staate von Weimar. In der deutschen Reichsverfassung des Jahres 1919 wurde das Prinzip der Freiheit der Meinungsäußerung im Art. 118 verbürgt. Aber auch hier haben sich die Väter der Verfassung die Möglichkeit gelassen, dieses Prinzip illusorisch zu machen, wenn es um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geht. So lautet der Art. 48 der gleichen Verfassung, dass der Reichspräsident bei Gefährdung dieser öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Reihe von Grundrechten, zu denen auch der Art. 118 gehört, vorübergehend außer Kraft setzen könnte. Ähnlich wie im §1 des italienischen Presserechts, in dem es heißt: „Die Presse ist frei, aber ein Gesetz soll ihren Missbrauch verhüten“, einen Paragraphen, der aus dem alten albertinischen Gesetz von 1848 in das moderne italienische Recht übernommen wurde – ließ sich auch die Weimarer Verfassung ein Türchen offen, um jederzeit das Freiheitsrecht außer Kraft setzen zu können. Uns so haben eben dieselben Nationalsozialisten, denen man heute eine Vergewaltigung der Presse vorwirft, in den langen Jahren des Kampfes für Deutschlands Frieden und Ehre am eigenen Leibe erfahren müssen, dass das Ideal einer nur vermeintlichen Pressefreiheit wohl für die Urheber dieses Ideals, nicht aber für die große Volksbewegung galt, die man mit allen Mitteln niederzuzwingen versuchte. Das Instrument, das die Weimarer erfanden, richtete sich später also nur gegen seine Erfinder, nicht aber gegen das deutsche Volk als Gesamtheit, das dieses Instrument heute besser zu führen weiß. Die zahlreichen Zeitungsverbote, von denen eigentlich alle Parteien im vergangenen Deutschland einmal betroffen wurden, stehen als die schlagenden Beweise dafür, dass es mit der sogenannten „Pressefreiheit“ von früher auch nicht weit her war!

Aber sehen wir einmal wieder von den leeren Prinzipien ab und betrachten vielmehr den deutschen Journalisten des vergangenen Systems mit eben demselben kritischen Blick, mit dem man des heutigen Systems im Auslande zu beurteilen pflegt! Ich möchte hier in diesem Kreise,vor einem Auditorium, das mit mir nach der Wahrheit der Dinge suchen will, erklären, dass noch nie der deutsche Journalistenstand geistig und sozial einen solchen Tiefstand erlebte wie in den Jahren, die nach dem scheinbaren Friedensschluss von Versailles folgten. War das politische Leben meines Vaterlandes schon von jeher, so vor allem im Gegensatz zu England, durch eine fatale parteipolitische und territoriale Zersplitterung gekennzeichnet, so steigerte sich nach 1918 die innere Aufspaltung des deutschen Volkes in unzählige Weltanschauungs- und Parteigruppen bis an die Grenze des Wahnsinns. Die Presse war der wahrste Spiegel dieser unseligen und staatsvernichtenden Erscheinung. Ich bitte Sie, sich die Tatsache einmal wirklich ernstlich vor Augen zu führen, dass die Zerreißung des Volkes in sich einander bekämpfende Lager nicht nur den zweifelhaften Zeitungsreichtum von rund 4700- in England zählen Sie kaum mehr 200! - Zeitungen zur folge hatten, sondern dass sich neben allen sonstigen weltanschaulichen und landsmannschaftlichen Strömungen oft bis zu 50 verschiedene Parteien in den Vordergrund des öffentlichen Lebens drängten. Ich habe im Jahre 1932 die verschiedenen Richtungsangaben der deutschen Zeitungen in einer Mußestunde einmal ausgezählt und festgestellt, dass es deren sage und schreibe nicht weniger als über 100 gab. Um jede neue individualistische , in diesem Falle besser gesagt – egoistische Gruppenbildung entwickelte sich ein Zeitungsorgan, das die Interessen dieser Gruppe um jeden Preis der dialektischen und geistigen Methode vertreten sollte.

Welch Folgen aber ergeben sich daraus für das deutsche Volk als Schicksalsverbundenheit und für den deutschen Journalisten? Wohin diese deutsche „Pressefreiheit“ vor 1933 geführt hat, zeigt sich am besten darin, dass die letzten sogenannten autoritären Regierungen schließlich kaum mehr als 15-20 Prozent des Volkes hinter sich hatten. Gegen sie standen die Parteien des Kommunismus und der Sozialdemokratie, ein bunter Haufen von liberalistisch-bürgerlichen Splitterparteien und endlich die deutsche Freiheitsbewegung von Adolf Hitler die immer stärker in die Reihen der verzweifelten eindrang. Warum, so frage ich die englischen Freunde unter uns, ist damals nicht die Welt aufgestanden, um Protest zu erheben gegen die Diktatur der Gewalt, die gegen die deutschen Zeitungen angewandt wurde, wenn sie außerhalb eines Staates standen, der nicht das Volk zum lebendigen Inhalt hatte, sondern nur mehr eine theoretische Form darstellte? Damals schwieg die Welt und überließ Millionen deutscher Volksgenossen, die unter einem solchen System litten, ihrem Schicksal. Aber diese Scheinfreiheit der deutschen Presse zeigte noch weitere Folgen, die nicht nur das deutsche Volk selbst angingen, sondern auch alle Völker, mit denen es in wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen stand. Ich will Ihnen auch das an praktischen Beispiel belegen, und zwar durch die eine Frage: War die Welt um uns denn in der Lage, sich ein klares Bild über die Verhältnisse Deutschlands zu machen, wenn sie deutsche Zeitungen las? Ich möchte diese Frage verneinen und meinen, dass die Schwierigkeit für den ausländischen Betrachter, das deutsche Volk von heute recht zu verstehen, nicht zuletzt deswegen besteht, weil über ein Jahrzehnt lang in den Kommentaren der deutschen Presse ein Bild von den tatsächlichen Begebenheiten in unserem Lande gezeichnet wurde, das jeweils aus dem engen Blickkreis eigenmächtiger Parteiinteressen stammte, mit dem wirklichen Geschehen und dem innersten Fühlen und Denken Deutschlands schlechthin aber nichts gemein hatte. Aber nicht nur, dass Meinungsverschiedenheiten in der Presse laut wurden, sondern auch der Ton, in dem man sie dem Leser vortrug, hatten Formen angenommen, für die das Attribut „geschmacklos“ noch gelinde ist. Ich will darauf verzichten, den gekränkten Nationalsozialisten zu spielen, wenn ich als Mitarbeiter an einem soeben erschienenen Werk „Hitler in der Karikatur der Welt“ Ihnen einige Kostproben davon geben würde, wie man diesen Mann , der immer nur das Beste tat und wollte, menschlich zu verunglimpfen versuchte. Dann würden Sie mir wahrscheinlich und mit Recht antworten, dass auch die Staatsmänner und Parteiführer anderer Länder in ihren Zeitungen manches über sich ergehen lassen müssen, was dem Privatmann Anlass zum rechtlichen Vorgehen geben würde. Das Staatsoberhaupt, aber meine ich, sollte jedem nationalgesinnten Staatsbürger sakrosankt sein. Was würde z.B. der Engländer sagen, wenn in seinen Zeitungen über den König geschrieben stände, er sei geisteskrank. In der „Roten Fahne“, dem ehemaligen kommunistischen Zentralorgan Deutschlands, aber konnten Sie in der Nummer vom 20.10.28 lesen: „von Hindenburg ist geisteskrank – und kann nicht verurteilt werden.“ Man meinte zwar einen anderen Träger des Namens von Hindenburg, schloss aber mit den Worten: „Man muss eben Hindenburg heißen, um keine Verantwortung für seine Handlungen zu haben.“ Wenn ich nun feststelle, dass diese unerhörte Beschimpfung unseres greisen Reichspräsidenten unbestraft blieb, so werden die englischen Hörer unter uns angesichts des straffen Beleidigungsrechts, das hierzulande besteht, dafür wohl kein Verständnis mehr aufbringen. So aber war der Ton der deutschen Presse und mutatis mutandis in der überwiegenden Anzahl der Blätter. Von einem gemeinsamen Volksbewusstsein und einer Verantwortung den allgemeinen Belangen des in Verzweiflung und Not darniederliegenden Landes gegenüber war keine Rede.

Doch fahren wir fort in der Betrachtung. Wie stand es um die geistige und soziale Haltung des deutschen Journalisten? Nun, sie entsprach dem allgemeinen Niveau der deutschen Presse. Wenn in Deutschland der angelsächsische Reporter so oft und gern mit dem Gefühl eines gewissen Mitleids angesehen wurde, so muss ich Ihnen aus der wissenschaftlichen Betrachtung des deutschen Journalismus nach 1918 heraus gestehen, dass der deutsche Journalist sich lieber hätte selbst kritisieren sollen, als die Technik der Nachrichtensammlung anderer Länder, die im höchsten vollendet ist, und die Leistungen des Reporters, der schöpferisch arbeitet, zu bemitleiden. Wie stand es denn wirklich mit der schöpferischen Leistung des deutschen Journalisten?

Wenn man den Zeitungsmann von früher in der deutschen Satire immer mit Kleister und Schere darstellte, so waren diese Handwerkszeuge in den jüngsten Jahren wieder zu solcher Ehre und zu einem solchen Ansehen gelangt, dass sie nicht mehr Reminiszenzen einer vergangenen Zeit bedeuteten. Nur wenige, oft noch mit Unrecht zu Stars ihres Metiers erhobene Redakteure gaben die Erzeugnisse ihres eigenen Geistes von sich. Im übrigen bildeten den Hauptinhalt der deutschen Zeitungen die Nachrichten der großen Telegraphen - Argenturen und die Parlamentsdienste, welche mit Hilfe der Parteikorrespondenzen entsprechend verändert und kommentiert wurden. Ein nicht geringer Teil deutscher Blätter aber bezog fast den gesamten allgemeinen Teil der Zeitung durch parteipolitisch orientierte Zentralunternehmen der Hauptstädte, nicht selten sogar schon vorgedruckt, so dass nur noch ein lokaler Text- und Anzeigenteil am Erscheinungsort beigefügt zu werden brauchte. Die außenpolitische Arbeit wurde im allgemeinen auf die Berichte der Korrespondenten – soweit sie überhaupt vorhanden waren – beschränkt. Kein Wunder, wenn in Folge des Mangels an guten länderkundlichen Beiträgen in der Presse als dem einzigen geistigen Nahrungsstoff für die Mehrzahl der Menschen auch in Deutschland oft Vorstellungen über das Ausland herrschten, die nicht gerade zum Verständnis der Lebensbedingungen anderer Völker führten.

Beinahe schlimmer noch als die geistige war die soziale Not des deutschen Journalisten. Vor lauter Partei- und Weltanschauungsrichtungen, zu denen die lokale Richtung der Zeitung noch hinzukam, verlor er sich oft selbst, wenn er seine eigene Gesinnung prüfen wollte. Zwar schützte ihn der Arbeitsvertrag im Falle der Richtungsänderung seines Verlags. Vogelfrei aber war er beim Versuche, einmal so zu schreiben, wie er es nach seiner innersten Überzeugung tun möchte. Denn hinter den meisten Blättern standen Geldgeber, die der Partei oder dem Kreise angehörten, deren Interessen die Zeitung zu vertreten hatte. Diese aber achteten scharf darauf, dass ihr zweckbestimmendes Kapital auch in ihrem Sinne verwandt würde. Würde jedem deutschen Redakteur die Gewissensfrage auferlegt, ob er in den vergangenen Jahren nicht auch einmal die Stimme seines eigenen Gewissens unterdrücken musste, um sich und seine Familie zu erhalten, wahrscheinlich hätte die Welt kein Interesse mehr daran, nach der „Pressefreiheit“ im nationalsozialistischen Staat zu fragen. Um auch hier nicht in der Theorie zu verbleiben, will ich eines von übervielen Beispielen anführen. Als der Chefredakteur eines großen deutschnationalen Parteiblattes unserer Hauptstadt zur Zeit der Abstimmung seiner Partei über den Locarno – Vertrag sich auf die Seite der Gegner dieses Vertrags innerhalb seiner eigenen Partei stellte, während seine Brotherren zufällig zu dem Flügel gehörten, der für Locarno stimmte, wurde er seines Amtes enthoben. So also sah die „Pressefreiheit“ in Deutschland damals aus.

Wenn wir demnach den deutschen Verhältnissen von heute gerecht werden wollen, so müssen wir alle die Vorbedingungen kennen, die zu der Neuregelung der Presse führten. Für das Ausland aber tritt, was ich noch einmal ausdrücklich betonen möchte, die Forderung hinzu, Deutschland und seine Innere Konstellation nicht mit der eigenen zu verwechseln.

Das zwingt mich, eine grundlegende Erkenntnis vorwegzunehmen, und zwar den Unterschied der Volksmentalität zwischen England und Deutschland. Vergleichen Sie, meine englischen Freunde, nur einmal die geopolitische Lage Ihres Vaterlandes mit der des meinigen. Hier das stolze und auf lange Tradition zurückblickende Inselreich, umspült an allen Seiten von den Wellen des Ozeans, bevölkert von Menschen, die sich wohl bewusst sind, was es heißt Engländer zu sein. Dort ein Volk im Herzen Europas, umgeben nicht von natürlichen Grenzen, sondern von Grenzen, die ihm durch politische Verträge aufgezwungen wurden. Ein Volk, das seit Jahrhunderten darum kämpft, was das englische Volk schon längst sein eigen nannte: um den Typus des deutschen Menschen. Da England seine staatspolitische Mission erfüllt hat, kann es ruhig einem dementsprechenden Individualismus die Wege offenlassen, ohne Gefahr zu laufen, daran einmal zugrunde zu gehen. Denn wenn eine solche Gefahr bestünde, so wissen wir Deutschen, dass sich dann der englische Patriot ebenso

gegen den Widersacher erheben würde, wie es heute der nationalbewusste, neue deutsche Mensch tut. Was sich in Deutschland heute vollzieht, ist die Abrechnung mit den Gedanken eines Systems, das uns nie die Erfüllung bringen konnte, um die wir über viele Menschenalter hinweg ringen. Wir wollen weder Hass noch Vergeltung üben, sondern nehmen jeden freudig in unsere Reihen auf, der sich zu uns findet. Nicht um des Wohles einer Partei, einer Klasse oder eines Standes willen, sondern um das Wohl des deutschen Volkes führen wir einen Kampf mit Methoden, die für den sich uns Entgegenstellenden zwar hart und bitter sein mögen, aber auf die Dauer auch ihm selbst Glück und Frieden bringen werden. Der Gegner ist also nicht der Mensch als Einzelschicksal, sondern der Mensch also Träger staatsfeindlicher Ideen: des Kommunismus und Marxismus, des deutschen Liberalismus, der in Gegensatz zum englischen schrankenlosen Egoismus bedeutete.

Unter diesem Gesichtswinkel bitte ich Sie, meine Damen und Herren, die heutigen Presseverhältnisse in Deutschland zu betrachten. Denn dann werden Sie verstehen, warum sich das deutsche Volk im Augenblick noch nicht den Luxus einer sich ganz selbst überlassenen Publizistik leisten kann, sondern die Presse fest in die Zügel des Staates als des politischen Inbegriffs des Volkes nimmt. Wir reden nicht, wie ich schon eingangs sagte, von „Pressefreiheit“. Wir glauben aber, dass der deutsche Journalist, der sich mit seinem Volke schicksalverbunden weiß, sich heute einer größeren inneren Gewissensfreiheit erfreut als ehedem. Für ihn bestehen nicht mehr die Zweifel, nach welchem parteipolitischen Rezept er schreiben soll. Nein, durch das neue Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 ist er sogar vom Staate davor rechtlich geschützt, dass private Interessen seine Meinungsfreiheit beengen können, und zum Repräsentanten eines öffentlichen Amtes erhoben. Dass nun in den erste Monaten der Evolution, die dem gewaltigen revolutionären Umbruch folgten, die sogenannte Meinungsbildung von oben nach unten zunächst stärker ausgeprägt ist als die von unten nach oben, liegt nicht zuletzt in der Allgewalt jener geistigen und seelischen Kräfte, die mit einem Male das deutsche Volk erfassten, nachdem es aus einer langen Lethargie erwacht war. Mit Recht aber wies der Reichspropagandaminister Dr. Joseph Goebbels, als er am Abend der Beschlussfassung des neuen Schriftleitergesetzes vor die Vertreter der deutschen Presse trat, darauf hin, dass manche deutsche Zeitung päpstlicher als der Papst sein wollte, und das gerade diejenigen Blätter, die früher die eingeschworenen Feinde des Nationalsozialismus gewesen seien. Er fuhr wörtlich fort: „Wir zwingen sie“, nämlich jene Blätter, „doch nicht zur Charakterlosigkeit, wir verlangen doch nicht, dass sie Hurra schreien, wenn ihnen nicht zum Hurraschreien zumute ist. Wir verlangen nur, dass sie nichts gegen den Staat unternehmen. Es wäre uns durchaus recht, wenn sie für das jeweils wechselnde Publikum eine jeweils wechselnde Nuance hätten. Der Vielgestaltigkeit der öffentlichen Meinungsbildung ist durchaus kein Hindernis entgegengesetzt. Es liegt nur an der Phantasie und Begabung jedes einzelnen Schriftleiters von diesem Recht Gebrauch zu machen. Wenn er das nicht kann, nicht will, und er sich in den öden Lobeshymnen wohler und sicherer fühlt als in einer aufrichtigen und charaktervollen Haltung, so ist das seine Sache.“

Diese klaren und eindeutigen Worte aus dem Munde des Schutzherrn der deutschen Presse zeigen, wie der Nationalsozialismus das Idealbild seiner Presse sieht. Weder wurde in der deutschen Revolution Zeitungen terrorisiert, etwa nach dem bekannten Muster von Revolutionen in anderen Ländern, wo Verlagshäuser in Flammen aufgingen und man die privaten Verleger – Initiative mit Gewalt unterdrückte, noch uniformierte man die Zeitungen, indem man ihnen die Vorzensur auferlegte und den berühmten Schnüffler in die Redaktion setzte.Was wir heute von unseren Zeitungen und denen, die ihre geistigen, wirtschaftlichen und technischen Geschicke leiten, verlangen, ist die Verantwortung dem Volksganzen gegenüber. Und innerhalb dieser Grenzen kann jeder Schriftleiter seines Amtes walten und schalten, wie auch immer er will. Wer allerdings in unseren Zeitungen von heute aus einer gewissen Vorliebe für politische Sensationen nach jenen, für ihn persönlich vielleicht interessanten und pikanten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und dem Staat von früher sucht, der wird vergeblich suchen.

In dieser Beziehung ist nun wirklich eine deutliche Uniformierung geschehen, eine Uniformierung jedoch, die mit der Wandlung des ehemals in Partei- und Konfessionslager gespaltenen deutschen Volkes in eine einmütige Nation parallel läuft. Sollte in dieser Beziehung der oder jener Eigenbrötler, der noch nicht zu seinem Volke gefunden hat, versuchen, seine eigene Marschroute zu befolgen, dann allerdings wird man seinem Tun Einhalt gebieten. Sie sehen meine Damen und Herren, ich rede ganz offen und gebe unumwunden zu, dass hier eine Uniformierung zweifellos vor sich gegangen ist. Ich frage Sie aber, was würde in Deutschland wohl geschehen sein, wenn wir nach dem Muster anderer Länder, wo es das Problem der Volkszerrissenheit nicht gibt, unseren Zeitungen nicht die öffentliche Verantwortung zur Pflicht gemach hätten? Die wenigsten unserer Nachbarn sind sich wirklich darüber klargeworden, dass Deutschland durch die Freiheitsbewegung von Adolf Hitler um Haaresbreite vor dem Kommunismus gerettet wurde, dass es für uns auch heute nur noch eine Alternative gibt: die Volkwerdung oder die kommunistische Herrschaft, die alsbald dann auch auf das übrige Europa übergreifen würde.

Deutschland – und das bitte ich Sie, sich besonders vor Augen halten zu wollen, befindet sich heute im zwanzigsten Kriegsjahr. Nicht allein, dass durch den Versailler Vertrag der Krieg der Welt gegen uns mit anderen, nur viel folgenschwereren Mitteln fortgesetzt wurde, nein, auch im Innern unseres Landes entbrannte als eine notwendige Konsequenz dieses Vertrages ein Krieg, und zwar zwischen denen, für die der Begriff Vaterland und Ehre etwas Heiliges ist, und denen, die ihr ganzes Leben nur dem eigenen Ego opfern. Für Deutschland bestand also, als der Nationalsozialismus die Staatsführung übernahm, Kriegszustand. Das aber erfordert den Einsatz aller staatsbejahenden Kräfte. Die beste Übersetzung für das Wort Nationalsozialismus lautet: national = Vaterland, Sozialismus = Liebe, also Vaterlandsliebe. Diese Parole in englischer Übersetzung heißt: „My Country, right or wrong.“ In England aber befolgt sie jeder Engländer, da er nur ein Vaterland kennt. In Deutschland dagegen glaubten die acht Millionen Marxisten und sechs Millionen Kommunisten ihr Heil in der internationalen Solidarität suchen zu müssen, und somit verkaufen sie, ich will nicht bestreiten, dass es z.T. auch betrogener Idealismus war, sich selbst und damit das Vaterland an jene große Unbekannte: die internationale Solidarität. Wenn der Nationalsozialismus das deutsche Volk aus dieser tiefen Krankheit erlösen und ihm endlich nach zwanzig Jahren des Krieges Frieden bringen will, so konnte er das auf dem Gebiet der Presse nur dadurch erreichen, dass er jede Möglichkeit eines zurück in das Chaos von gestern jäh abschnitt und die Presse zum Instrument des Staates, d.h. des Volkes machte.

Bedeutet das aber Vergewaltigung der Meinungsfreiheit? Ist es nicht das höchste Gefühl der Freiheit für einen Journalisten, wenn er als staatlich geschützter Verwalter eines öffentlichen Amts unabhängig von den Forderungen des Geldgebers der Zeitung, also der Partei oder des Interressenpolitikers, frei dieses Amtes walten kann, immer mit dem Gefühl, dem Wohle seines Landes zu dienen? Hat es in dieser Beziehung der Schriftleiter im nationalsozialistischen Deutschland nicht eigentlich besser als seine Berufskollegen in vielen anderen Staaten? Nehmen wir doch nur ein Beispiel aus der Gegenwart. Ein guter amerikanischer Freund von mir, der sich studienhalber in Deutschland aufhält, schrieb an eine Zeitung seiner kalifornischen Heimat, ob er ihr Artikel über seine Eindrücke und Erlebnisse in Deutschland liefern sollte. Er erhielt die charakteristische Antwort, dass man seine Artikel gern veröffentlichen würde, machte ihm aber die Auflage, dass er nur in der Tendenz der Zeitung schreiben dürfe, die aus einer beiliegenden Nummer der Zeitung hervorginge. In dieser Nummer überschlug sich das Blatt in abfälligen und beleidigenden Äußerungen gegen das heutige Deutschland. Nennen wir das „Pressefreiheit“, wenn das Geschäftsinteresse des Verlages, um das es sich handelt, einem Mitarbeiter die Meinungsbildung von vornherein vorschreibt?

Es mag so klingen, als ob ich nun immer den Spieß sogleich umdrehen wollte, um durch den Gegenangriff der Kritik an uns zu entgehen. Aber es ist nun einmal so,

dass unter dem Drucke von innen und von außen die deutsche Presse in das Stadium einer Entwicklung bereits getreten ist, die ganz ohne Zweifel früher oder später auch in vielen anderen Ländern einsetzen wird. Die gesamte Weltpresse befindet sich nämlich für den aufmerksamen Beobachter, der eine synoptische Überschau hält, in einer tiefen Krise. Ich pflege gewöhnlich zwei große Kategorien innerhalb des internationalen Zeitungswesens herzustellen, die sich im Ablauf der Zeitungsgeschichte entwickelt haben: einmal die von geistigen Strömungen geleitete Gruppen- oder Meinungspresse, deren Mutterland Kontinental – Europa ist, und auf der anderen Seite die fast ausschließlich unter geschäftlichen Einflüssen sich bildende Massen- oder Nachrichtenpresse, die in den angelsächsischen Ländern weit verbreitet ist. In dem einen Fall ist es das Ideal der Zeitung, Meinungen zu erzeugen und bestimmten Gruppen zu dienen, in dem anderen lautet das Prinzip, unabhängig von der Meinung solcher meist begrenzten Gruppen Nachrichten zu verkaufen und durch Massenabsatz das Geschäft zu erhöhen. Beide Zeitungstypen haben, besonders unter den Nachkriegseinflüssen und dem Drucke der aus ihnen sich ergebenden Weltkrise, Erscheinungsformen angenommen, die irgendwie der Reformation bedürfen. In der Gruppenpresse übersteigerte sich der Meinungskampf der Zeitungen und führte zur Polemik anstatt zur sachlichen Kritik. In der Massenpresse ergab sich aus dem Kampf um den Leser letztlich ein Kauf desselben gegen die billigste Sensation. Was wir Deutschen z.B. angesichts der Überpolitisierung unserer Presse lange Zeit bitter empfunden haben, verabscheut der Engländer ebenso stark angesichts des Übersensationalismus, der sich in einigen seiner Blätter breitmacht. So entstand zwangsläufig aus der krisenhaften Entwicklung der Presse in der Nachkriegszeit in einigen Ländern ein neuer, anderer Typus von Zeitungen: die Staatspresse. Das will nicht heißen, dass der Staat die Zeitungen macht, sondern das die Zeitungen weder geistig – politischen, noch wirtschaftlichen Sonderinteressen dienen sollen, sondern dem Volke als dem lebendigen Inhalt des Staates. Mit dieser neuen Form des Journalismus, meine Damen und Herrn, müssen wir uns abfinden. Sie ist geboren aus der Zeit und naturgemäß in den Ländern zuerst entstanden, deren Presse der Gesundung am meisten bedurfte.

Untersuchen wir also in Zukunft nicht die Frage, ob in den Ländern um uns herum eine doch nur sehr relativ zu nehmende sogenannte „Pressefreiheit“ besteht, sonder lernen wir doch besser die tiefen Ursachen für die Vorgänge in der weiten Welt erkennen!

(Erschienen in der Zeitung „Deutsch – Chinesische Nachrichten“ 13., 14. und 15. Juni 1934)